

Fossile ab 2031 halbieren – völlig unrealistisch!

Am 18. Juni stimmen wir über das «Klimaschutzgesetz», auch «Stromfressergesetz» genannt, ab. Das Gesetz verlangt eine Halbierung der fossilen Energien Öl, Gas, Kohle, Benzin und Diesel bereits ab 2031 und den kompletten Ausstieg ab 2050. Diese aggressiven Ausstiegsziele gelten für alle Unternehmen, die Industrie, die Haushalte und den Verkehr. Es geht um den eigenen Energieverbrauch und dessen Herstellung. CO₂-Zertifikate werden nicht mehr angerechnet. Bis 2025 hat der Bundesrat entsprechende Vorschriften zu erlassen, die vor allen bisherigen Regelungen etwa im Verkehr, in der Raumplanung, der Umwelt etc. Vorrang haben.

Heute machen fossile Energien aber über 60 Prozent unseres Energieverbrauchs aus! Allein mit Subventionen ist dieser massive Energieumbau nicht zu schaffen. Studien zufolge kostet er über 400 Milliarden Franken! Das geht nur mit staatlichen Verboten und Vorschriften. Welche Energieformen die bisherigen fossilen Energien ersetzen, bleibt im Gesetz unerwähnt. Synthetische oder Bio-Treibstoffe sind aber in acht Jahren keinesfalls in genügender Menge vorhanden und immer noch sehr teuer. Wir werden deshalb gezwungen sein, alles auf Strom umzustellen. Zugelassene Autos, Lieferwagen und LKWs müssen verschrottet, funktionierende Heizungen herausgerissen werden. Häuser, Wohnungen und Industriebauten sind, hauptsächlich auf eigene Kosten, zu sanieren. Dann steigt der Stromverbrauch deutlich. Unsere bestehende Stromlücke verdoppelt sich. Sparprogramme, Kontingentierungen, Konsumverbote sind unumgänglich. Wir stellen alles um und stehen am Schluss noch ohne Strom da! Verteuerungen und Netzausfälle sind die Folgen. Das alles bringt eine grosse Unsicherheit, weil es nicht aufgeht. Teure Korrekturmassnahmen sind bereits absehbar.

Bereits bei der Energiestrategie 2050 hat man sich auf Utopien und Ideologien verlassen, die Versorgungssicherheit aufgegeben. Diese ist inzwischen gescheitert! Dass wir auch nicht auf den Import setzen können, weil unsere Nachbarländer ebenfalls zu wenig Strom haben, soll-



«DAS KLIMASCHUTZGESETZ WÜRDEN DEM WERKPLATZ SCHWEIZ SCHADEN. WIR MÜSSEN DIESEN UTOPISCHEN AUSSTIEG OHNE PLAN AN DER URNE VERHINDERN!»

Magdalena Martullo-Bocher*

ten wir inzwischen gelernt haben. Zudem wird Strom dort noch zu 40 Prozent aus Kohle und Gas produziert – der wäre dann ja bei uns verboten! Bei einem Verzicht auf fossile Energien müssten wir unsere Alpen mit rund 3000 Gross-Solarkraftwerken oder 5000 Windrädern zapfeln – unrealistisch! Und auch dann wäre der Winterstrom wegen zu geringer Speichermenge noch nicht vorhanden. **Im letzten Jahr haben wir erlebt**, wie die Strompreise bei Knappheit ansteigen. Wenn über die Hälfte der Energie fehlt, werden die Energiepreise regelrecht explodieren! ETH-Studien rechnen mit einer Verdreifachung der Energiekosten und 6600 Franken Mehrkosten pro Person und Jahr! Was das für uns Unternehmer heisst, ist klar: Es ist kaum zu bewältigen. Viele Träume sind inzwischen ge-

platzt, es ist Zeit, den Realitäten ins Auge zu blicken! Hotels, Restaurants und Gewerbe leiden schon heute unter den hohen Energiekosten. Normalverdiener, Familien und Rentner spüren die Kostenverteuerung überall. Die Industrie muss ihre Produktion einschränken oder ins Ausland verlegen.

Dieses Gesetz würde dem Werkplatz Schweiz schaden. Unsere Firmen wären im Nachteil. In der EU spricht man zwar vom Ausstieg aus den fossilen Energien, macht aber das Gegenteil. Kein anderes Land hat einen so starken und schnellen Ausstieg aus den fossilen Energien beschlossen wie die Schweiz. Darum müssen wir diesen utopischen Ausstieg ohne Plan an der Urne verhindern! Die drastische Verknappung der Energie, viel teurere Preise, weniger im Portemonnaie, Abwanderung von Arbeitsplätzen und trotzdem nicht genügend Energie... Ein funktionierender, durchdachter Ausstiegsplan für eine verantwortungsvolle Zukunft sieht anders aus! Gerade als weltweit CO₂-freie Unternehmerin weiss ich um die Anforderungen an einen so gigantischen Umbau. Stimmen Sie am 18. Juni 2023 unbedingt **NEIN** zu diesem utopischen, einschneidenden Klimaschutzgesetz!

*Die Bündner SVP-Nationalrätin und Unternehmerin Magdalena Martullo-Bocher ist Vizepräsidentin und Delegierte des Verwaltungsrats der EMS-CHEMIE HOLDING AG.

www.martullo-blocher.ch

Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgv decken.

FOKUSKMU
Alle sind Wirtschaft.

Fair ist anders: Wie der Staat KMU konkurrenziert

Ab Montag, 17. April, täglich ab 17.30 Uhr auf



und ab Montag, 24. April, täglich ab 17.20 Uhr auf

TELEZ

www.fokus-kmu.tv



Sponsoringpartner

